

20. März 2013 / 11. September 2013

Bericht und Antrag an das Stadtparlament

Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse

1. Ausgangslage

Gemäss Geschäftsreglement des Stadtparlaments unterbreitet der Stadtrat dem Stadtparlament jährlich Bericht über den Bearbeitungsstand der noch nicht erledigten, erheblich erklärten Motionen und Postulate (Ziffer 2). Zudem werden die weiteren pendenten Vorstösse (Ziffer 3) und die erledigten Vorstösse aufgelistet (Ziffer 4).

Der ursprüngliche Bericht datiert vom 20. März 2013. Aufgrund der zwischenzeitlichen Änderungen erscheint es mit Blick auf die Behandlung dieses Geschäft im Stadtparlament am 26. September 2013 angezeigt, dem Stadtparlament einen aktualisierten Bericht (Stichtag: 11. September 2013) zu unterbreiten.

2. Berichterstattung über Bearbeitungsstand der anhängigen Motionen und Postulate

Revision des städtischen Baureglements

Motion Urs Kuhn, FDP, 27 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 6. Juli 2006

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag für eine Revision des Baureglements zu unterbreiten: a) in einem ersten Schritt für Anpassungen bzw. Aufhebung von überholten Vorschriften oder Vorschriften von untergeordneter Bedeutung innert 15 Monaten; b) in einem zweiten Schritt für Anpassung an das übergeordnete Recht sowie das Stadtentwicklungskonzept.

Planungskommission und Stadtrat haben dem neuen Baureglement im Dezember 2012 im Grundsatz zugestimmt. Die Vorprüfung des neuen Baureglements beim Kanton St. Gallen ist ebenfalls abgeschlossen. Es ist vorgesehen, die öffentliche Auflage des neuen Baureglements gegen Ende 2013 durchzuführen.

Soziale Durchmischung im gesamten Stadtgebiet

Postulat Luc Kauf, GRÜNE prowil, 10 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 07.07.2011

Luc Kauf hat zusammen mit zehn Mitunterzeichneten ein Postulat eingereicht, in welchem er dem Stadtrat beantragt, dass er einen Bericht über die bereits getroffenen sowie konkret geplanten Massnahmen und die daraus erwarteten Ergebnisse verfasse. Es solle daraus hervorgehen, in welchem Zeitraum die Massnahmen beschlossen würden und bis wann die vorgesehene Wirkung zu erwarten sei. Dabei seien folgende Bereiche speziell zu berücksichtigen: Wohnen / Stadtentwicklung, Schulhausplanungen / Klassenzuweisung, Begegnung der Kulturen (Schaffung vielfältiger interkultureller Begegnungsmöglichkeiten).

Der Stadtrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 11. September 2013 zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet.

Vergütung und Förderung der Stromeinspeisung

Postulat Silvia Ammann, SP, 18 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 01.12.2011

Am 7. Juli 2011 reichte Silvia Ammann Schläpfer zusammen mit 18 Mitunterzeichneten das Postulat mit der Überschrift „Vergütung und Förderung der Stromeinspeisung“ ein. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Förderung der Netzeinspeisung durch private Stromproduzenten zu erstatten und dabei folgende Punkte zu beachten:

- *Die Einspeisung von ökologisch produziertem Strom soll aktiv gefördert und angemessen vergütet werden.*
- *Die Einspeisevergütung soll mindestens gleich hoch sein wie der Preis, welchen die Technischen Betriebe Wil (TBW) den Kundinnen und Kunden für ein gleichwertiges Produkt verrechnen.*
- *Die TBW sollen aktiv und sichtbar auf die Möglichkeiten der Stromeinspeisung aller möglichen Quellen hinweisen.*
- *Die Preisübersicht für den End-Nutzenden soll kundenfreundlich gestaltet sein und auch Angaben zu den Möglichkeiten der Stromeinspeisung enthalten.*

Stromeinspeisung: Seit Anfang 2009 wird in der Schweiz Strom aus erneuerbaren Energien (Wasserkraft bis 10 MW Leistung, Photovoltaik, Windenergie, Geothermie, Biomasse und Abfälle aus Biomasse) mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) gefördert. Die KEV garantiert den Betreiberinnen und Betreibern dieser Anlagen während 20 bis 25 Jahren einen kostendeckenden Preis für den Strom, den sie ins Netz einspeisen. Die Vergütungssätze pro Technologie werden vom Bundesrat in der Energieverordnung festgelegt. Finanziert wird die KEV durch alle Stromkonsumentinnen und -konsumenten: Sie bezahlen auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze einen Zuschlag von 0,5 Rappen pro Kilowattstunde ab 2014. Der entsprechende Zuschlag liegt 2013 bei 0.35 Rp./kWh.

Der Nationalrat setzte mit seinem Entscheid vom 14. März 2013 ein klares Signal für die Energiewende: Erneuerbare Energien sollen schneller und kräftiger zugebaut werden. Damit bestätigt eine Parlamentsmehrheit den bisher eingeschlagenen Weg in Richtung einer nachhaltigen, wirtschaftlich tragbaren Energieversorgung. Mit

dem Ja zu einer vorgezogenen KEV-Revision ist ein weiterer Pfeiler gesetzt für eine Reduktion der Abhängigkeit der Schweiz und ihrer Wirtschaft von nuklearen und fossilen, aus dem Ausland importierten Energieträgern. Der Umbau des Energiesystems soll wirtschaftlich attraktiv, sozial ausgewogen und finanziell tragbar umgesetzt werden. Die Möglichkeit der Erhöhung der KEV-Zuschläge auf 1,5 Rp./kWh ab 2014 – dies entspricht nur gerade 20 Prozent der vergleichbaren deutschen EEG-Umlage – schafft die Grundlage, um alle Wasserkraft-, Windenergie-, Geothermie- und Biomasse-Projekte sowie die Hälfte der Photovoltaikprojekte, die derzeit auf der KEV-Warteliste blockiert sind, zu realisieren. Gleichzeitig stimmten Nationalrat und Ständerat einem abgestuften, ausgewogenen Entlastungsprogramm für stromintensive Betriebe zu und sagt Ja zum Eigenverbrauchswahlrecht für Erzeuger regenerativen Stroms. Damit soll die Zeit bis zum Inkrafttreten der Energiestrategie 2050 überbrückt werden. Vorbehältlich des Zustandekommens des Referendums bis Ende Oktober 2013 treten die Änderungen am 1. Januar 2014 in Kraft. Folgende Auswirkungen wird diese Gesetzesrevision im Falle des Inkrafttretens – unter Vorbehalt eventueller nachträglicher Änderungen – haben:

1. Für Anlagen unter 10 kW installierter Leistung gibt es anstelle der KEV einen einmaligen Beitrag von max. 30 % der Investitionskosten von Referenzanlagen. Betreibende, die bis zum 31.12.2012 ein KEV-Gesuch eingereicht haben, können wählen, ob sie die KEV-Anmeldung aufrechterhalten oder eine Einmalvergütung beantragen. Die Einmalvergütung wird nicht aufgrund anderer kantonaler oder kommunaler Finanzhilfen verweigert oder gekürzt. Diese Beiträge unterstehen nicht der Warteliste. Sollte die Nachfrage zu gross sein, kann der Bundesrat den Beitragssatz kürzen.
2. Für die Jahre 2014 bis 2016 werden die periodischen KEV-Zubaumengen für die Photovoltaik so festgelegt, dass sie "kontinuierlich erhöht werden können". Im Bericht wird präzisiert, dass das erste Kontingent bei ca. 150 MW liegen solle. In den drei Jahren sollten so kumuliert gegen 500 MW freigegeben werden können. Diese Mittel sind im Voraus für PV reserviert, können also nicht durch Anlagen anderer Technologien blockiert werden (wie das heute der Fall ist).
3. Es wird damit gerechnet, dass mindestens die Hälfte der über 20'000 auf der KEV-Warteliste stehenden PV-Projekte bis 2016 dank Punkt 1 und 2 freigegeben werden können.
4. Produzenten dürfen die selbst produzierte Energie am Ort der Produktion ganz oder teilweise selbst verbrauchen (zeitgleicher Eigenverbrauch). Dies gilt auch für KEV-Anlagen.
5. Die Entlastung von der KEV-Umlage für stromintensive Unternehmen ist an Auflagen bezüglich Effizienzmassnahmen im Betrieb geknüpft. Damit werden grössere Ertragsausfälle vermieden.

Die KEV-Revision ist also nach wie vor nicht entschieden und vom Referendum abhängig. Ansonsten darf damit gerechnet werden, dass die revidierte KEV am 1. Januar 2014 in Kraft treten wird.

Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben

Postulat Klaus Rüdiger, SVP, 22 Mitunterzeichnete, erheblich und dringlich erklärt am 07.06.2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Antworten auf die folgenden Fragen zu geben:

1. *Welche Auswirkung hätte die Aufhebung der „Vereinbarung über die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt Wil“ vom 1. April 2002 auf die Polizeipräsenz in Wil?*
2. *Was wären insgesamt die finanziellen Folgen für den städtischen Haushalt Wils? Würden die Bussen bei der Bussenerhebung auf der Stelle weiterhin der Stadt Wil finanziell zugute kommen?*

3. *Wie würden sich die städtischen Ausgaben für private Sicherheitsdienste verändern?*

Der Stadtrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 3. Juli 2013 zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet.

Ein Platz für Wil

Postulat Dario Sulzer, SP, 10 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 27.09.2012

Das Postulat wurde - mit Präzisierungen – wie folgt als erheblich erklärt: Der Stadtrat wird eingeladen, geeignete Planungsinstrumente und –verfahren zur Entwicklung und städtebaulichen Aufwertung des Areals Bleicheplatz zu bestimmen und dem Parlament darüber bis im Jahr 2015 Bericht zu erstatten.

Der Stadtrat hat in seinem Umsetzungsprogramm zum Stadtentwicklungskonzept vom April 2011 vorgesehen, im Zeitraum 2015 - 2016 einen städtebaulichen Wettbewerb zur Bebauung und Freiraumgestaltung Bleicheplatz durchzuführen. Damit sollen die Rahmenbedingungen für eine spätere Erstellung eines städtischen Platzes und der umgebenden Bauten festgelegt werden (vgl. auch Investitionsplan 2012-2016, Konto 177.5810.111).

Im Entwurf des neuen Zonenplans vom 7. Juni 2012 ist die Grundlage für die bauliche Entwicklung des Bleicheplatzes ebenfalls enthalten, indem der Bereich nördlich des erwähnten ursprünglichen alten Bleicheplatzes sowie das Gebiet Paradiesli von der Zone für öffentliche Bauten neu der Kernzone K3 zugeteilt ist. Der neue Zonenplan wird frühestens 2015 durch den Kanton genehmigt werden können.

Die Stossrichtung des Postulats deckt sich mit den Überlegungen des Stadtrats. Es kann somit bis 2015 Bericht über das weitere Vorgehen erstattet oder allenfalls eine terminliche Verschiebung begründet werden.

Solarrappen für Wil

Motion Guido Wick, GRÜNE prowil, 5 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 08.11.2012

Am 4. September 2012 reichte Guido Wick zusammen mit fünf Mitunterzeichneten die Motion mit der Überschrift „Solarrappen für Wil“ ein. An der Parlamentssitzung vom 8. November 2012 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament Bericht zur Förderung von Photovoltaikanlagen in der Stadt Wil zu erstatten.

Das kommunale Energiekonzept für die Bereiche Wärme und Strom wird demnächst vom Stadtrat zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet. Dieses orientiert sich an den Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft. Ergänzend zum Energiekonzept wird ein Energierichtplan zur räumlichen Koordination von bestimmten Teilzielen erstellt. Mit der Gemeindevereinigung ist das Energiekonzept in einem zweiten Schritt auf das neue Gemeindegebiet auszuweiten, wenn die dazu erforderlichen Daten aus Bronschhofen zugänglich und abgestimmt sind. Zudem soll das Konzept dabei um den Bereich Mobilität ergänzt werden. Das Stadtparlament hat bereits das Reglement über den Fonds für Energiespar- und Förderbeiträge beschlossen. Der Stadtrat wird dieses Reglement

sowie das entsprechende Vollzugsreglement per 1. April 2013 in Kraft setzen. Speziell zu erwähnen ist, dass die parlamentarische Werkkommission bei der Beratung des Reglements zum Schluss gelangte, dass im neuen Fondsreglement die Beiträge zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen vorerst unverändert übernommen werden sollen, da zurzeit eine wirksame Förderung mangels vorhandener KEV-Mittel des Bundes einen erheblichen Mitteleinsatz der Stadt Wil in der Grössenordnung der gesamten vorgesehenen jährlichen Fondseinlage bedingen könnte. Die Departemente Bau, Umwelt und Verkehr sowie Versorgung und Sicherheit sind derzeit daran, festzulegen, wie die Zielsetzungen des Energiekonzepts in Bezug auf die Photovoltaik-Anlagen konkret erreicht werden können auch unter Berücksichtigung der bevorstehenden KEV-Revision, die die Entwicklung der Photovoltaik in Wil massgebend prägen wird.

Für einen zeitgemässen Immissionsschutz

Motion Sebastian Koller, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen, 5 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 25.04.2013

Am 4. September 2012 reichte Sebastian Koller zusammen mit fünf Mitunterzeichneten die Motion mit der Überschrift „Für einen zeitgemässen Immissionsschutz“ ein. An der Parlamentssitzung vom 25. April 2013 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht über ein zeitgemässes Immissionsschutzreglement zu unterbreiten, welches die Lärmschutzverordnung von 1974 ersetzt und auf der Basis der vom Kanton St. Gallen erstellten Vorlage auszuarbeiten sei. Der Bericht solle zudem Ansätze für weitere, nicht-reglementarische Massnahmen aufzeigen, mit denen die Bevölkerung und die Umwelt vor Immissionen geschützt bzw. Emissionen von vornherein vermieden werden können.“

Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen

Motion Norbert Hodel, FDP, 21 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 25.04.2013

Am 8. November 2012 reichte Norbert Hodel zusammen mit 21 Mitunterzeichneten die Motion mit der Überschrift „Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen“ ein. An der Parlamentssitzung vom 25. April 2013 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag vorzulegen für eine Beteiligungsstrategie und die Einführung von klaren Regelungen für die Public Corporate Governance. Dabei solle insbesondere auch die Interessenkollision bei Mandaten vermieden werden, indem diese in geeigneter Weise ausgelagert werden. Zudem seien, falls die Stadt durch Behördenvertreter oder städtische Mitarbeitende Einsitz in Führungsgremien nehme, die Vergütungen aus solchen Mandaten zwingend dem allgemeinen Stadthaushalt zuzuführen.

Neuorganisation der kommunalen Schulbehörde

Motion Adrian Bachmann, FDP, 15 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 25.04.2013

Am 10. Januar 2013 reichte Adrian Bachmann zusammen mit 15 Mitunterzeichneten die Motion mit der Überschrift „Neue Form der Schulaufsicht“ ein. An der Parlamentssitzung vom 25. April 2013 wurde die Motion mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament über eine zeitgemässe Neuorganisation der kommunalen Schulbehörde, welche den geänderten Rahmenbedingungen in sachdienlicher Weise Rechnung trägt, Bericht und Antrag zu erstatten.“

Strategie TBW

Postulat Mario Breu, FDP, 7 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 23.05.2013

Am 30. August 2012 reichte Mario Breu zusammen mit 7 Mitunterzeichneten das Postulat mit der Überschrift „Eignerstrategie TBW“ ein. An der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2013 wurde das Postulat erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament in allgemeiner Form und der Geschäftsprüfungskommission sowie der Werkkommission detailliert anhand einer umfassenden Analyse die Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren der TBW aufzuzeigen und eine daraus folgende Strategie in Einklang mit dem öffentlichen Auftrag zu unterbreiten.

Separate Kunststoffsammlung

Motion Bruno Ressegatti, GRÜNE prowil, 5 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 23.05.2013

Am 4. September 2012 reichte Bruno Ressegatti zusammen mit 5 Mitunterzeichneten die Motion mit der Überschrift „Separate Kunststoffsammlung“ ein. An der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2013 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung einer Kunststoffsammlung zu unterbreiten.

3. Weitere pendente Vorstösse

Per 11. September 2013 waren folgende weitere parlamentarische Vorstösse pendent:

- Motion Norbert Hodel (FDP) – Beschäftigungsgrad Stadratsmitglieder sowie Departementssekretärinnen und sekretäre
eingereicht am 23.05.2013 (Erheblicherklärung pendent); Stellungnahme Stadtrat vom 19.06.2013

- Motion Urs Etter (FDP) – Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière)
eingereicht am 04.07.2013 (Erheblicherklärung pendent); Stellungnahme Stadtrat vom 11.09.2013

4. Übersicht über die erledigten Vorstösse

Im Zeitraum von Mitte März 2012 bis Mitte September 2013 haben Stadtrat und Stadtparlament die nachfolgend aufgelisteten 19 parlamentarischen Vorstösse – 6 Motionen, 0 Postulate, 21 Interpellationen, 2 Anfragen – erledigt.

- Motion Michael Sarbach (GRÜNE, Junge Grüne) – Kindfreundliche Gemeinde
eingereicht am 02.04.2008, erheblich erklärt am 28.08.2008, an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 als erledigt abgeschrieben
- Motion Markus Hilber (SVP) – Installation von Überwachungskameras
eingereicht am 28.08.2008, erheblich erklärt am 06.11.2008, an der Parlamentssitzung vom 30.08.2012 als erledigt abgeschrieben
- Motion Klaus Rüdiger (SVP) – Ruhegehaltsreglement für Mitglieder des Stadtrates / Aufhebung
eingereicht am 22.09.2011, erheblich erklärt am 03.11.2011, an der Parlamentssitzung vom 07.06.2012 als erledigt abgeschrieben
- Motion Guido Wick (GRÜNE prowil) – Tempo 30 auf allen Wiler Gemeindestrassen
eingereicht am 04.09.2012, schriftlich beantwortet am 24.10.2012, an der Parlamentssitzung vom 08.11.2012 als nicht erheblich erklärt
- Motion Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil) – Strassenbeleuchtung in Wil
eingereicht am 04.09.2012, schriftlich beantwortet am 24.10.2012, an der Parlamentssitzung vom 08.11.2012 nach Diskussion zurückgezogen
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen) – Abstimmung der Nutzungsinteressen im öffentlichen Raum
eingereicht am 04.09.2012, schriftlich beantwortet am 24.10.2012, an der Parlamentssitzung vom 23.05.2013 als nicht erheblich erklärt
- Interpellation Dario Sulzer (SP) – Sanierung unsicherer Fussgängerstreifen in der Stadt Wil
eingereicht am 23.12.2011, schriftlich beantwortet am 01.02.2012, an der Parlamentssitzung vom 26.04.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Mark Zahner (SP) – Stiftung zur Stärkung der Klosterschule St. Katharina
eingereicht am 05.01.2012, schriftlich beantwortet am 15.02.2012, an der Parlamentssitzung vom 26.04.2012 mündlich behandelt

- Interpellation Erwin Hauser (SVP) – Bau eines islamischen Begegnungszentrums
eingereicht am 24.01.2012, schriftlich beantwortet am 15.02.2012, an der Parlamentssitzung vom 26.04.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen) – Obere Weierwiese - Umwelt- und Gewässerschutzvorschriften
eingereicht am 02.02.2012, schriftlich beantwortet am 18.04.2012, an der Parlamentssitzung vom 26.04.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Preisgestaltung Biogas
eingereicht am 26.04.2012, schriftlich beantwortet am 20.06.2012, an der Parlamentssitzung vom 30.08.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Christoph Hürsch (CVP) – Status Pensionskasse der politischen Gemeinde Wil / Vorgehen bei der Gemeindevereinigung
eingereicht am 22.05.2012, schriftlich beantwortet am 20.06.2012, an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Christoph Hürsch (CVP) – Abgaben der TBW an die Stadt Wil ab 2013 / Teilbereich Elektrizitätsversorgung
eingereicht am 25.05.2012, schriftlich beantwortet am 20.06.2012, an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 mündlich behandelt
- Dringlich erklärte Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Preisgestaltung Biogas
eingereicht am 05.07.2012, schriftlich beantwortet am 29.08.2012, an der Parlamentssitzung vom 30.08.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Dario Sulzer (SP) – Neugestaltung Bahnhofplatz Süd
eingereicht am 05.07.2012, schriftlich beantwortet am 15.08.2012 an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Fluglärm
eingereicht am 05.07.2012, schriftlich beantwortet am 12.09.2012, an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Erika Häusermann (glp) – Bauliche Anforderungen für Schulprovisorien
eingereicht am 05.07.2012, schriftlich beantwortet am 12.09.2012, an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 mündlich behandelt
- Interpellation Silvia Ammann (SP) – Wasser als Lebensgrundlage
eingereicht am 05.07.2012, schriftlich beantwortet am 12.09.2012, an der Parlamentssitzung vom 27.09.2012 mündlich behandelt

- Interpellation Luc Kauf (GRÜNE prowil) – Leistungsanpassungen innerhalb der vereinigten Stadt
eingereicht am 04.09.2012, schriftlich beantwortet am 24.10.2012, an der Parlamentssitzung vom 04.07.2013 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Zahlungen an Biorender AG
eingereicht am 21.09.2012, schriftlich beantwortet am 24.10.2012 / 06.03.2013, an der Parlamentssitzung vom 07.03.2013 mündlich behandelt
- Dringlich erklärte Interpellation Mario Schmitt (SVP) – Sicherheitsverbund Region Wil (SVRW)
eingereicht am 22.11.2012, schriftlich beantwortet am 19.12.2012, an der Parlamentssitzung vom 31.01.2013 mündlich behandelt
- Interpellation Klaus Rüdiger (SVP) – Mitgliedschaft der Stadt Wil im Metropolitanraum Zürich
eingereicht am 10.01.2013, schriftlich beantwortet am 06.02.2013, an der Parlamentssitzung vom 23.05.2013 mündlich behandelt
- Interpellation Adrian Bachmann (FDP) – Behördlicher Spielraum in Tempo-30-Zonen
eingereicht am 10.01.2013, schriftlich beantwortet am 20.02.2013, an der Parlamentssitzung vom 23.05.2013 mündlich behandelt
- Interpellation Roland Bosshart (CVP) – Missstimmung zwischen Lehrerschaft und Bildungsdepartement
eingereicht am 10.01.2013, schriftlich beantwortet am 20.02.2013, an der Parlamentssitzung vom 23.05.2013 mündlich behandelt
- Interpellation Jigme Shitsetsang (FDP) – Ortsbildschutz bei Bauprojekt „Obere Weierwise“
eingereicht am 25.04.2013, schriftlich beantwortet am 22.05.2013, an der Parlamentssitzung vom 04.07.2013 mündlich behandelt
- Interpellation Arber Bullakaj (SP) – Ordentliche Revision der Biorender AG
eingereicht am 25.04.2013, schriftlich beantwortet am 22.05.2013, an der Parlamentssitzung vom 04.07.2013 mündlich behandelt
- Dringlich erklärte Interpellation Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen) – Erhalt des intakten Landschafts- und Erholungsraumes auf dem Hofberg
eingereicht am 04.07.2013, schriftlich beantwortet am 14.08.2013, an der Parlamentssitzung vom 29.08.2013 mündlich behandelt
- Anfrage Kilian Meyer (SP) – Partizipative Schaffung der neuen Gemeindeordnung
eingereicht am 07.03.2013, schriftlich beantwortet am 08.05.2013
- Anfrage Erika Häusermann (glp) – Auswirkungen des kantonalen Sparpakets II auf die Stadt Wil
eingereicht am 07.03.2013, schriftlich beantwortet am 22.05.2013

4. Antrag

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Antrag:

Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 11. September 2013) Kenntnis genommen hat.

Stadt Wil

Susanne Hartmann
Stadtpräsidentin

Christoph Sigrist
Stadtschreiber